

Inklusion

Die Teilnahme an inklusivem Unterricht ist ein Menschenrecht. Leider werden aus Sicht der GEW bisher für eine erfolgreiche Umsetzung zu wenig Stellen bereitgestellt. Wie wollen Sie diesem Missstand begegnen?



Wir wollen so viel integrative Beschulung wie möglich und so viel sonderpädagogische Förderung wie nötig. Es gibt viele Kinder, die auf eine individuelle Beschulung in einer Kleingruppe durch ausgebildete Sonderpädagogen angewiesen sind. Im Sinne der selbstbestimmten Teilhabe sollten Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern selbst unter den gegebenen Beschulungsmöglichkeiten entscheiden dürfen. Das Kindeswohl steht für uns im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik, daran muss sich auch der Förderung orientieren. Insgesamt werden wir mehr Sonderpädagogen ausbilden, um eine erfolgreiche Beschulung zu ermöglichen.



Schleswig-Holstein gehört zu den Ländern mit der höchsten Inklusionsquote. In den nächsten fünf Jahren konzentrieren wir uns auf die qualitative Verbesserung des inklusiven Unterrichtes. Dazu gehört auch eine bessere Personalausstattung.



Wir brauchen dringend einen Kurswechsel in der Inklusionspolitik, da die bisherige Politik keinem Schüler gerecht wird. Wir wollen die richtige Schule für jeden Einzelnen. Die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt nicht einen gemeinsamen Unterricht für alle, sondern einen Unterricht, der sich den Bedürfnissen des Einzelnen anpasst. Förderzentren spielen dabei eine wichtige Rolle. Zudem soll ein Netzwerk an Inklusionsschulen aufgebaut und mehr Förderschullehrkräfte für allgemein- und berufsbildende Schulen zur Verfügung gestellt werden.



Diese Koalition ist die erste, die anerkennt, dass Inklusion mehr Stellen kostet. So haben wir Schulen durch 80 Stellen in der flexiblen Eingangsphase der Grundschulen, durch weitere 100 Stellen für Sonderpädagogen, 13 Mio. Euro zusätzlich für Schulsozialarbeit und durch die Finanzierung von mehr als 500 schulischen Assistenzkräften ("Schulassistenten") bei der Inklusion gestärkt. Aus dem Gutachten von Prof. Klemm, wissen wir, dass rund 500 weitere Stellen erforderlich sind, damit die Inklusion gut gelingen kann. Diese Stellen wollen wir in der nächsten Legislaturperiode bereitstellen – und in der letzten Wahlperiode haben wir gezeigt, dass wir umsteuern können, auch wenn das Geld knapp ist.



Im Gegensatz zu manch anderer Partei wollen wir ein wirklich inklusives Schulwesen - und wir wollen hierfür vor allem auch mehr Mittel bereitstellen. Ein einschlägiges Gutachten hat allein bei den Stellen einen Mehrbedarf von 500 ermittelt. Das ist unsere Richtschnur für die Zukunft. Und der SSW hat gewiss nichts dagegen, wenn wir noch mehr Ressourcen für diese wichtige Aufgabe aufbringen können.



DIE LINKE setzt sich für einen Klassenteiler von maximal 24 Schüler_innen und für eine 107%ige Versorgung mit Lehrkräften ein, um die individuelle Betreuung jedes Kindes zu gewährleisten. Außerdem wollen wir mehr Sozialpädagog_innen in den Schulalltag integrieren.



Um einen inklusiven Unterricht zu gewährleisten, gibt es Schulbegleiter vom Bund, Schulasistenz vom Land und Schulsozialarbeiter von der Gemeinde, jeweils abhängig von den Finanzierungsmöglichkeiten. Um wirklich inklusiven und qualitativ hochwertigen Unterricht zu erreichen, brauchen wir jedoch diese gut ausgebildeten Pädagogen und setzen uns auch weiterhin für eine sichere Finanzierung ein.
